



# Teilzeit

## Themenpapiere der Fraktion

Das gerne erzählte Märchen vom Jobwunder in Deutschland ist gar kein Wunder, sondern beruht zu einem wesentlichen Teil auf der Umverteilung von Arbeit: es gibt immer mehr Teilzeitstellen, während die Vollzeitstellen weniger geworden sind.

Das belegen folgende Zahlen: Zwar ist die Zahl der abhängig Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2015 um über acht Prozent gestiegen, das Arbeitsvolumen aber – die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden – hat im selben Zeitraum lediglich um rund drei Prozent zugelegt. Ein immer größerer Anteil der geleisteten Arbeitsstunden entfällt dabei auf in Teilzeit geleistete Arbeitsstunden.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist in der Zeit von 2000 bis 2015 gesunken. Zeitgleich hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 20 Wochenstunden mehr als verdoppelt, von 1,7 Millionen auf 3,4 Millionen. Auch gibt es mehr Teilzeitbeschäftigte, die weniger als 20 Wochenstunden arbeiten. Ihre Zahl ist um 23 Prozent auf 4,8 Millionen gestiegen.

Besonders Frauen arbeiten häufig in Teilzeit, aber auch bei teilzeitbeschäftigten Männern sind hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Teilzeitbeschäftigung

ist oft mit erheblichen Nachteilen verbunden. Sie wird niedriger entlohnt als Vollzeitarbeit, die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen sind schlechter und die Gefahr von Altersarmut groß. Viele befinden sich unfreiwillig in Teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden. Andere geraten in die Teilzeitfalle, weil sie ihre Arbeitszeit reduziert haben, beispielsweise wegen der Kindererziehung. Da es kein Rückkehrrecht zur vorherigen Stundenzahl gibt, was eine vorübergehende Teilzeitbeschäftigung ermöglichen würde, stecken sie dann in der Teilzeitfalle fest und sind vom Lebenspartner oder Hartz IV-Leistungen abhängig.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, das Rückkehrrecht in Vollzeit endlich gesetzlich zu verankern. Obwohl es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, ist die derzeitige Große Koalition untätig geblieben. CDU/CSU haben sich quergestellt und die SPD hat klein beigetragen. Dieses Gesetz wird es in der laufenden Legislaturperiode nicht geben.

DIE LINKE setzt sich für ein neues Normalarbeitsverhältnis ein, das auf einer kurzen Vollzeit für Alle beruht. Wir unterstützen Gewerkschaften und Initiativen beim Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, braucht es verbindliche Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und Personalbemessung. Arbeitszeitverkürzung ermöglicht eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit, weg von denen, die überlange Arbeitszeiten haben, hin zu denen, die gar keine oder zu wenig Arbeit haben. Ergänzend fordern wir einen Rechtsanspruch auf eine arbeitsvertragliche Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche, um unfreiwillige Teilzeit mit nur wenigen Wochenstunden einzudämmen.

